

«Die grösste Zäsur war der Golfkrieg»

Der Medienhistoriker Markus Krajewski erklärt, wie sich Kriegsberichte verändern – und warum wir sie hinterfragen sollten

Herr Krajewski, Sie kennen wohl das Zitat: «Das erste Opfer eines jeden Krieges ist die Wahrheit.» Stimmt das? Jeder Krieg ist nicht nur ein Kampf um Territorien, um Ideologien, Macht und Deutungshoheiten, sondern immer auch ein Krieg um und mit Informationen. Grundsätzlich muss also jede Verlautbarung, jede Meldung an die Öffentlichkeit kritisch hinterfragt werden.

Worauf beruht Ihre Aussage?

Sie finden das ganz unmissverständlich in einem der militärischen Grundlagenwerke formuliert, bei Carl von Clausewitz' «Vom Kriege» von 1824, wo ein kleines Kapitel den Nachrichten im Krieg gewidmet ist. Das gilt bis heute, umfasst aber inzwischen nicht nur Wörter, sondern auch Bilder. Jeder weiss, wie einfach Fotografien und Videos digital zu manipulieren sind.

Meinen Sie da die russische Berichterstattung?

Einerseits bekommt die russische Bevölkerung in staatlichen Rundfunk und Fernsehen sowie in der Presse, die bis auf wenige mutige Ausnahmen wie die «Nowaja Gaseta» jede unabhängige Berichterstattung unterbunden hat, bereits seit geraumer Zeit eine Scheinwelt vorgeführt. Andererseits gibt es natürlich auch einen aufgeklärten Teil der russischen Bevölkerung, der mit dem Einsatz von Software die staatliche Zensur zu umgehen weiss.

Nun könnte die Gefahr bestehen, dass die Medien angesichts der russischen Propaganda die ukrainische Propaganda nicht mehr hinterfragen. Sind wir zu gutgläubig, weil wir auf der Seite der Ukraine stehen?

Informationen selbst sind eine wichtige Waffe, etwa wenn sie auf die Moral des



«Informationen selbst sind eine wichtige Waffe.»

Markus Krajewski
Professor für
Medienwissenschaft,
Universität Basel

Gegners oder auf die Unterstützung der eigenen Leute zielen. Prinzipiell gilt: Die eigenen Opfer werden meist heruntergerechnet, die gegnerischen Verlustzahlen überhöht. Symptomatisch für diese Verschleierungstaktik ist, dass die russische Staatsführung in der ersten Woche gar keine Opferzahlen genannt oder überhaupt Verluste eingestanden hat.



Auszüge der NZZ und von Nexta aus Veröffentlichungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine.

CHARLOTTE ECKSTEIN / NZZ

Durch die sozialen Netzwerke ist der Krieg überall. Welche Rollen haben Plattformen wie Twitter mittlerweile inne?

Durch die Smartphones hat sich nicht nur eine Allgegenwart von Augenzeugenschaft und ihrer Dokumentation durch Bilder und Videodokumente ergeben. Der grosse Unterschied zur klassischen Kriegsberichterstattung liegt vielmehr in der ungefilterten Möglichkeit zur Übertragung in Echtzeit. Jeder, der sein Smartphone über die Fensterbrüstung hält, um den Einmarsch der Invasoren zu zeigen, wird so zu einem Reporter. Das Kriegsgeschehen erhält durch diesen Bilderstrom einen neuen Wahrheitswert, es gewinnt an Authentizität, die einzig von russischen Aussenministern noch geleugnet wird.

Informationen rund um den Krieg sind somit überall zugänglich. Welche Rolle spielen sie grundsätzlich im Krieg?

Es ist nicht nur die Frage nach der Informationsgewinnung, sondern auch nach der Übermittlung und ihrer Geschwindigkeit, die schlachtentscheidend sein kann. Der historische Bogen des militärischen Meldewesens reicht dabei vom laufenden Boten aus dem antiken Marathon über den berittenen

Boten im Römischen Reich bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, als technische Medien wie die optische Telegrafie unter Napoleons Eroberungen Einzug hielten. Ausgerechnet der Krimkrieg zwischen Russland und einer Allianz aus England, Frankreich und der Türkei in der Mitte des 19. Jahrhunderts kann als der erste moderne Medienkrieg gelten.

Wie hat sich das auf die Kriegsberichterstattung ausgewirkt?

Allen voran ist es die elektrische Telegrafie, mit der die taktische Gefechtsführung vom Schauplatz vor Ort, also vom Feldherrenhügel, in die warmen, weit entfernten Stuben der Generalstäbe wandert. Seitdem werden Kriege überwiegend ferngesteuert geführt. Diktatoren opfern ganze Armeen, ohne der Brutalität im Kampf ansichtig zu werden. Diese Form der Berichterstattung ermöglicht es den Militärs, den Krieg nur noch als abstraktes Geschehen wahrzunehmen.

Mit Berichterstattung meinen Sie Heeresberichte und Telegramme?

Ja. Ein Telegramm oder eine SMS vermögen in ihrer reduzierten Form kaum

anschaulich machen, welches Leid der Einschlag einer Granate oder eines Marschflugkörpers konkret erzeugt. In den dünnen Worten einer Meldung im Telegrammstil besteht die Darstellung eigentlich nur aus Auslassungen, die vom Empfänger mit Imaginationskraft auszufüllen sind. Es braucht also anschaulichere Formen. Nähe und Unmittelbarkeit sind die Kriterien, die über die Vorstellung des Kriegs entscheiden, nicht zuletzt, um Empathie gegen das Grauen und Leiden zu schaffen.

Waren die Berichte früher weniger perspektivisch?

Freilich kannte die Kriegsliteratur auch schon im vordigitalen Zeitalter das Twittern in Langform. Man denke nur an Walter Kempowskis «Echolot»-Projekt, ein kollektives Tagebuch, das sowohl die Vielstimmigkeit des Kriegsgeschehens an der Ost- und der Heimatfront von Januar bis Februar 1943 spiegelt als auch strukturell vorführt, wie sich die Wirklichkeit ausschliesslich durch viele, auch widersprüchliche Blickwinkel einfangen lässt. Dieses prä-digitale Twittern aus dem Kessel von Stalingrad weist bedrückende Parallelen zur Gegenwart auf.

Sie sprechen die grausamen Kriegsbilder an. Wer hat hier den Anfang gemacht? Zum einen lässt sich hier die Tradition der Kriegsphotografie mit epochalen Aufnahmen aus den Schützengräben des Ersten Weltkriegs oder Robert Capas ikonisches Bild eines anonymen Soldaten im Spanischen Bürgerkrieg 1937 anführen. Zum Zweiten vermochte die nationalsozialistische Kriegspropaganda mit den Wochenschauen ihren Bellizismus auf suggestive Art leider recht gekonnt ins Bild zu setzen.

Und zum Dritten?

Die vielleicht grösste Zäsur in der visuellen Tradition der Kriegsreportage zeigt sich in den Golfkriegen, wo einerseits live aus dem Kampfgeschehen berichtet wurde. Wer erinnert sich nicht an die CNN-Aufnahmen aus Bagdad, als Korrespondenten vor grünlichem Nachthimmel die Kämpfe direkt in die Wohnzimmer sendeten? Andererseits wurden die TV-Zuschauer unmittelbar mit den Projektile und ihren fürchterlichen Missionen konfrontiert, wenn mit vermeintlich chirurgischer Präzision die bordeigenen Kameras ihre Ziele im Wüstensand anvisierten.

Nicht nur die mediale Darstellung von Kriegen, sondern auch die Rolle der Korrespondenten vor Ort ist heute anders.

Es gibt zweifellos eine Wucht und Eigenmacht der Bilder. Die Fähigkeit, ohne Militärensensur vom Geschehen zu berichten, im Telegrammstil eines Tweets, im Kurzfilm bei Tiktok, in Bildern ohne Worte als Anhang einer SMS oder in einem Blog, all das vervielfacht und verteilt die Funktionen eines klassischen Korrespondenten auf eine ganze Bevölkerung. Und es delegiert die Redaktionsarbeit an das Regelwerk der Plattformen, was gelöscht wird und was bestehen bleibt.

Also hat das Smartphone auch eine wichtige Rolle inne?

Man darf nicht vergessen, dass die Mobilfunkgeräte nicht nur als Augenzeuge von ungerechten Gefechten dienen. Vor allem bleibt das Smartphone der unentbehrliche Fluchthelfer auf dem Weg nach Westen. Es ist die individualisierte, tragbare Generalstabsstube, die mit ihren Karten und über abhörsichere Kommunikationskanäle die entscheidende mediale Unterstützung liefert. Das Telefon wird damit zum wichtigsten Wegbegleiter, zur medialen Rettungsleine und zugleich auch zur Wahrheitsmaschine in einem Meer aus Ungewissheiten.

Interview: Dennis Hoffmeyer

Presserat nimmt antisemitisch beeinflusste Bewegung in Schutz

Die antiisraelische Boykottbewegung BDS wird von zahlreichen Experten als jüdenfeindlich eingestuft – dem Schweizer Presserat ist das egal

LUCIEN SCHERRER

Mächtige kontrollieren, Aussagen von Politikern prüfen, Extremisten nach ihren Taten und nicht nach ihren Worten beurteilen – all das gehört zu den Aufgaben kritischer Medien. Entsprechend sah es das junge Basler Online-Portal «Primenews» im Oktober 2020 als seine Pflicht an, die offiziellen Verlautbarungen der Regierungsratskandidatin Heidi Mück zu hinterfragen. Mück, Mitglied der linksalternativen Partei Basta!, hat vor Jahren einen Aufruf der internationalen Israel-Boykottbewegung BDS (Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen) unterstützt. 2016 distanzierte sie sich von BDS – dies wohl auch, weil die Bewegung wegen weltweiter Antisemitismuskritik in Verruf geraten ist.

«Primenews» konnte der Politikerin allerdings nachweisen, dass sie sich in jenem Jahr von BDS-Aktivisten im Wahlkampf unterstützen liess und diese 2017 wegen einer Stellungnahme zum

Zionistenkongress in Basel traf. Ausgerechnet wegen dieser Recherche wird «Primenews» seit Monaten gegängelt und gemassregelt. Dies, weil das Portal die BDS-Bewegung im Artikel über Mück als «antisemitisch» und «antisemitisch gefärbt» bezeichnet hatte.

Empörung in jüdischen Kreisen

Bereits im letzten Juli hat der Schweizer Presserat dem Basler Portal aufgrund einer Beschwerde einer BDS-Aktivistin eine Rüge erteilt, wegen Verletzung der Wahrheitspflicht. «Primenews», so die Begründung, habe unterschlagen, dass BDS offiziell jeglichen Rassismus und Antisemitismus ablehne und von manchen Experten als nicht antisemitisch eingestuft werde. Zudem richte sich die Boykottbewegung nicht gegen einzelne Menschen, sondern gegen einen Staat. Dieser verharmlosende und auf BDS-Selbstdarstellungen gestützte Entscheid sorgte nicht nur bei «Primenews», sondern auch beim Schweizerischen Israe-

litischen Gemeindebund (SIG) für Empörung. Der SIG wies den Presserat unter anderem auf eine Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) hin – und forderte die Hüter des Schweizer Journalistenkodex dazu auf, ihren Entscheid zu überdenken.

Gemäss der Definition der IHRA kann auch die systematische Dämonisierung des Staates Israel antisemitisch sein. Unterstützer von BDS – darunter Sympathisanten in den Wissenschaften – bekämpfen die Definition vehement, weil sie Kritik an Israel unter Rassismusverdacht stelle. Doch selbst wenn man die Definition nicht teilt, sind die antisemitischen Tendenzen innerhalb von BDS unübersehbar. So werfen BDS-Exponenten Israel immer wieder vor, eine Vernichtung aller Palästinenser zu planen. Oder sie vergleiche Israel mit dem Apartheidstaat Südafrika, manchmal sogar mit dem «Dritten Reich». Die Existenz des jüdischen Staates stellen sie faktisch infrage. Hinzu kommt, dass BDS-Aktivisten auch

schon einzelne jüdische Künstler drangsalierten oder Holocaust-Überlebende niederbrüllten. Dass im «BDS National Committee» die «National and Islamic Forces in Palestine» vertreten sind – zu dem wiederum die radikal jüdenfeindliche Hamas gehört –, passt ebenfalls nicht zum friedlichen Image, das sich die Bewegung offiziell geben will.

«Akzeptieren das Urteil nicht»

Der österreichische Presserat hat denn in einem sehr ähnlichen Fall auch entschieden, dass die journalistische Einstufung von BDS als «antisemitisch» auf einer sachlichen Grundlage beruhe und unter die Meinungsfreiheit falle. Ob sich die BDS-Bewegung selber als antisemitisch einstufe – was sie wohlweislich nicht tut –, sei dabei unerheblich. All das kümmert den Schweizer Presserat jedoch wenig. Wie er kürzlich mitgeteilt hat, hält er an seiner Rüge an «Primenews» fest. Der Entscheid ist in zweierlei Hinsicht bedenklich: Erstens räumt das Gremium

ein, dass ihm die Antisemitismus-Definition der IHRA nicht einmal bekannt war – obwohl diese international diskutiert und sowohl vom Schweizer Bundesrat als auch vom Deutschen Bundestag anerkannt wird. Zweitens kapriziert es sich darauf, dass die Definition ein nur «bedingt taugliches Instrument für die journalistische Praxis» sei.

Entsprechend irritiert zeigen sich die Betroffenen. Der SIG bezeichnet das Urteil in einer Stellungnahme als «befremdlich»: Ob die Mitglieder des Presserats über die nötigen «fachlichen Kompetenzen im Bereich Antisemitismus- und Shoahforschung» verfügten, sei fraglich. Der «Primenews»-Herausgeber Christian Keller sagt auf Anfrage, er stelle die Bedeutung des Presserates nicht infrage, aber: «Dieses Urteil akzeptieren wir nicht, und wir werden es auch nicht publizieren.» Denn nur weil der Presserat nicht fähig sei, einen Fehlentscheid einzugestehen, werde man sich nicht für kritischen Journalismus bestrafen lassen.